H-01-003 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 2 bis 6:
nach der Geburt. Wir möchten, dass Frauen und Familien weiterhin frei entscheiden können, wie und wo sie ihr Kind zur Welt bringen. Dafür ist es notwendig, die Hebammen und Geburtshelfer*innen in ihrer verantwortungsvollen Berufsausübung zu stärken. Denn nur ein ausreichendes und qualitätsgesichertes Angebot an Leistungen der Geburtshilfe ebenso wie der Vor- und Nachsorge garantiert Entscheidungsfreiheit ~~für Frauen~~ und ~~Familien~~Selbstbestimmung für Frauen.

Begründung

erfolgt mündlich

H-01-007 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 7 bis 8:
~~Die~~Hebammen haben eine besonders wichtige Rolle und gesetzliche Stellung in der Geburtshilfe: Im Gegegensatz zu Ärzt*innen besteht für sie eine gesetzliche Hinzuziehungspflicht, sodass keine Geburt ohne Hebamme stattfinden darf. Gleichzeitig häufen sich die Anzeichen für einen Mangel an Hebammen und Geburtshelfer*innen ~~häufen sich~~. Krankenhäuser berichten, sie müssten Kreißsäle schließen – nicht immer aus finanziellen

Begründung

erfolgt mündlich

H-01-015 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 14 bis 15 einfügen:
Schwierigkeiten, eine Hebamme zur Vor- und Nachsorge und zur Begleitung während der Geburt – insbesondere, aber nicht ausschließlich, in dünner besiedelten Regionen – zu finden. Tatsächlich äußert sich zunehmend eine Unterversorgung im gesamten Bundesgebiet.

Begründung

erfolgt mündlich

H-01-020 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Nach Zeile 20 einfügen:
Die Arbeitsbedingungen haben sich - insbesondere in Krankenhäusern - durch die steigende Belastung im Aufgabenprofil der Hebammen, vor allem aber durch Personalmangel durch leer bleibende oder fehlende Stellen, zugespitzt. So müssen Hebammen zunehmend fachfremde Tätigkeiten wie zum Beispiel die Bestellung von Materialien oder die Reinigung des Kreißsaals übernehmen und Überstunden leisten. Dadurch nimmt die Attraktivität des Berufs und der Ausbildung zur Hebamme immer weiter ab, die Zahl der Interessent*innen sinkt.

Ursache dessen ist insbesondere auch die unterdurchschnittliche Vergütung von Hebammen. Der Beruf reiht sich damit in den Sektor der Care- und Sorgeberufe ein, die vorrangig von Frauen ausgeübt werden und sich zum großen Teil durch die niedrige Bezahlung auszeichen. Speziell die Leistungspositionen der Vor- und Nachsorge sind unterdurchschnittlich vergütet. Das Angebot von Vor- und Nachsorge ist dabei gerade für Frauen unerlässlich, da diese einen Raum für die Klärung drängender Fragen in Bezug auf die Schwangerschaft, aber auch den Umgang mit dem Kind bietet. Hier beginnt bereits wichtige Gewaltprävention. Zudem können Hebammen fast alle Vorsorgeuntersuchungen durchführen, die im Mutterpass verzeichnet sind, bereiten auf die Geburt vor und unterstützen Frauen in der ersten Zeit nach der Geburt, so gewünscht, durch zahlreiche Hausbesuche.

Begründung

erfolgt mündlich

H-01-033 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 33 bis 36 löschen:
Mit dem Sicherstellungszuschlag gekoppelt wurden Ausschlusskriterien für Hausgeburten wie beispielsweise „Überschreitung des Geburtstermins“~~, die schon länger für Geburtshäuser gelten~~. Liegt ein solches Ausschlusskriterium vor, übernimmt die Kasse die Kosten für eine Hausgeburt nicht mehr. Grundsätzlich begrüßen wir eine qualitätsgesicherte Geburtshilfe, die

H-01-048 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 48 bis 53:
Im Durchschnitt kommt heute jedes dritte Kind in Deutschland per Kaiserschnitt (Sectio) zur Welt. ~~Der rein medizinisch induzierte Kaiserschnitt~~Die Möglichkeit eines Kaiserschnittes ist ein ~~Segen~~Erfolg für die Medizin, die Gesundheit von Frauen und Kindern und die Selbstbestimmung von Frauen. Aber der operative Eingriff kann auch negative Auswirkungen auf die betroffenen Frauen und Kinder haben. Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb in Deutschland die Raten für durch Kaiserschnitt beendete Geburten regional von unter 20 bis über 40% differieren. Die ~~medizinische~~ Entscheidung für oder gegen einen Kaiserschnitt wird zu oft auch von strukturellen, finanziellen und rechtlichen Gründen überschattet.

Begründung

erfolgt mündlich

H-01-058 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 58 bis 60:
· Der Berufsstand der Hebammen muss abgesichert werden. Die stetig steigenden Haftpflichtprämien stehen dem entgegen. ~~Wir~~Für diese Problematik braucht es eine schnelle Lösung. Möglich wäre als Übergangslösung zum Beispiel die Einrichtung eines Haftungsfonds, der Schäden, die über eine fallbezogene Haftungsobergrenze hinausgehen, absichert und durch den freiberufliche Hebammen genauso wie andere Leistungserbringerinnen im Gesundheitswesen nicht mehr alleine für die Schadenssummen aufkommen müssten. Mittelfristig wollen wir die Prüfung einer Haftpflichtversicherung für alle Gesundheitsberufe, angelehnt an die Prinzipien der Unfallversicherung veranlassen.

Von Zeile 63 bis 64 einfügen:
Patientensicherheit mit den Anforderungen an eine Berufshaftpflicht für Gesundheitsberufe vereinbar sind. So wollen wir die notwendige und grundlegende Arbeit der Hebammen für die Zukunft sichern.

Begründung

erfolgt mündlich

H-01-065 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 65 bis 67:
· Ausschlusskriterien für außerklinische Geburten müssen evidenzbasiert sein. Die Ergebnisse der vom GKV-Spitzenverband und dem Deutschen Hebammenverband in Auftrag ~~gegebene Studie~~gegebenen wissenschaftlichen Auswertung der Studien zur wissenschaftlichen Überprüfung der Ausschlusskriterien müssen in den Kriterienkatalog

H-01-080 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 80 bis 81:
· Anreize zu entwickeln, damit Hebammen und Geburtshelfer*innen auch in ~~unterversorgten~~ländlichen Regionen tätig sind, insbesondere auch im Bereich der Vor- und Nachsorge. In Zukunft muss es

Begründung

erfolgt mündlich

H-01-087 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 86 bis 87 einfügen:
angestellte Hebammen in Geburtskliniken, die den aktuellen, tatsächlichen Arbeitsaufwand angemessen darstellt und die Förderung hebammengeleiteter Kreißsäle. Damit die Arbeitsbedingungen für Hebammen in Kliniken entscheidend verbessert, Überstunden und fachfremde Tätigkeiten reduziert werden können, müssen mehr Stellen geschaffen und auch tatsächlich besetzt werden.

- Die Steigerung der Vergütung sowohl von in Kliniken angestellten als auch von freiberuflichen Hebammen, zum Beispiel durch die Anhebung der Zahlungen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Dies gilt insbesondere für die Leistungspositionen der Vor- und Nachsorge.

Begründung

erfolgt mündlich

H-01-088 Hebammen stärken! Für Vielfalt und Qualität vor, während und nach der Geburt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu H-01

Von Zeile 88 bis 90:
~~- Zur Senkung der Kaiserschnittrate ein Anreizsystem für Kliniken zu entwickeln, das zur Vermeidung unnötiger operativer Entbindungen beiträgt. Daran sind alle Akteure zu beteiligen.~~

- Allen Gebärenden eine selbstbestimmte Geburt zu ermöglichen. Dies bedeutet zum einen, dass eine freie Wahl des Geburtsortes weiterhin möglich sein oder wieder ermöglicht werden muss. Eine selbstbestimmte Geburt bedeutet für uns aber auch, dass Frauen immer die Option eines Kaiserschnittes haben, über die Entscheidung für oder gegen einen solchen jedoch ausführlich aufgeklärt werden, auch während der Geburt. Gerade in dieser so sensiblen Situation müssen die Rechte von Frauen gewahrt werden. Aufgrund der prekären Rahmenbedingungen in der Geburtshilfe, und hier insbesondere wegen Zeitmangels, ist eine hinreichende Aufklärung bezüglich eines Kaiserschnittes durch Ärzt*innen aber auch durch Hebammen oftmals nicht gewährleistet und Entscheidungen werden für die Gebärende, aber nicht mit ihr getroffen.

Begründung

erfolgt mündlich

M-01-015 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu M-01

Von Zeile 14 bis 16 einfügen:
Verkehrsgeschehen der Zukunft orientieren und nachhaltige Mobilität für alle in den Mittelpunkt stellen. Denn dies ist zentrales Element gesellschaftlicher Teilhabe. Statt weiter Jahr für Jahr Milliarden in den Bau neuer Straßen zu stecken, brauchen wir intelligente Netze mit guten Umsteigemöglichkeiten. Wir Grüne wollen

Begründung

präziser

M-01-082 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu M-01

Von Zeile 81 bis 83 löschen:
des öffentlichen Verkehrs ist eine lang gewachsene ungute Tradition. Der öffentliche Verkehr muss hier noch viel einfacher werden: ~~Fahrgäste sollten ihre Fahrkarten auch über Verbundgrenzen hinweg problemlos buchen können.~~

Begründung

mündlich

M-01-099 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: Malte Spitz (Parteirat)

Änderungsantrag zu M-01

Nach Zeile 99 einfügen:
Wir wollen den Fahrzeugpool der Car-Sharing-Netze vergrößern und die Fahrzeuge der öffentlichen Hand besser auslasten. Darum soll in verschiedenen Modellversuchen getestet werden, wie Fahrzeuge aus den Fuhrparks der öffentlichen Hand in Car-Sharing Netzwerke eingegliedert werden können, um sie somit an Wochenenden oder zu Randzeiten für die Bevölkerung nutzbar zu machen.

Unterstützer*innen

Malte Spitz (Parteirat); Frederik Landshöft (BAGen); Marion Gehrke (BAGen)

M-01-116 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu M-01

Von Zeile 115 bis 119:
„Beförderungsfall“ behandelt werden und einem Dickicht komplizierter Regeln begegnen, ist für ein positives Image und Freude am Fahren noch viel zu tun. ~~Wir wollen, dass sich das E-Ticket schneller zum bundesweiten Standard entwickelt. Das Ziel muss lauten „eine Fahrkarte für alle Verkehrsmittel des Umweltverbunds“.~~Wir fordern einen ticketlosen öffentlichen Personennahverkehr. Eine gemeinschaftliche Finanzierung des ÖPNV über Umlagen schafft nicht nur tarifäre Barrieren, Ticketkontrollen und -automaten ab, sie ist auch ein wichtiger Bestandteil einer gerechteren Gesellschaft. Wir Grüne unterstützen Initiativen in Ländern und Kommunen, die Finanzierungsgrundlagen des ÖPNV zu erneuern. Für einen attraktiven und

Begründung

erfolgt mündlich

M-01-136 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu M-01

Von Zeile 135 bis 138:
Erhaltungsmaßnahmen unterstützen. Wir wollen die finanzielle Förderung des Bundes auf kleinere Maßnahmen wie etwa den Ausbau von Mobilitätsstationen ausweiten. Ein stabiler und kostenloser Internetzugang per WLAN in Bahnen und ÖPNV ~~etwa~~ muss ~~selbstverständlich~~noch dieses Jahrzehnt geschaffen werden. Die finanziellen Mittel für den öffentlichen Verkehr aus dem Entflechtungsgesetz dürfen nicht beim Deal um die Neuordnung der Bund-

Begründung

Wir möchten nicht nur WLAN, wir möchten auch Internet. Außerdem sollten wir einen klaren zeitlichen Rahmen fordern.

M-01-163 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu M-01

Von Zeile 162 bis 163 einfügen:
Verkehrsminister bei der Förderung des Radverkehrs beispielgebend voran mit innovativen Vorschlägen zur Radstrategie und Radkultur. Noch sind die meisten Verkehrsregeln und -wege für Autos zugeschnitten. Wir wollen hier einen Wandel: Hin zu einem Vorrang für Radfahrer*innen. Diese müssen beispielsweise bei Abbiegespuren und Ampelphasen besser berücksichtigt werden. Außerdem fordern wir den "grünen Pfeil" beim Rechtsabbiegen für Fahrräder zum Standard zu machen. Ist also eine konfliktfreie Fahrt in Richtung des Pfeils möglich, so kann diese trotz einer roten Ampel erfolgen. Zusätzlich fordern wir im innerstädtischen Verkehr eine grüne Welle für Radfahrer*innen.

Begründung

Konkrete Beispiele, um das Verständnis unserer Vision einer innovativen Radkultur zu fördern.

M-01-178 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: Eike Lengemann (KV Hannover)

Änderungsantrag zu M-01

Nach Zeile 178 einfügen:
Fußverkehr attraktiv gestalten

Der Fußverkehr erlebt eine Renaissance. In vielen Städten wird der Fußverkehr bewusst gefördert, nachdem er jahrzehntelang vernachlässigt worden ist. Erhebungen zur Verkehrsmittelwahl zeigen regelmäßig, dass in deutschen Städten rund zwei Drittel der Wege zu Fuß zurückgelegt werden. Lässt man den Fußverkehr zu anderen Verkehrsträgern weg, sind immer noch rund ein Drittel der Wege in unseren Städten Fußverkehr.

Trotzdem fehlt es bisher an der nötigen Aufmerksamkeit. Auch Fußgänger*innen haben ein Recht auf sicheres und komfortables Vorankommen. Wie in der Schweiz und Österreich ist es sinnvoll, auf Bundesebene Strategien für den Fußverkehr zu erarbeiten und den öffentlichen Verkehrsraum zugunsten von Sicherheit für den Fußverkehr und Lebensqualität für alle umzugestalten.

In Deutschland bekommt der Fußverkehr vereinzelt Rückenwind. Der "1. Deutsche Fußverkehrskongress" in Wuppertal hat Anregungen gegeben, aber auch gezeigt, dass es noch erheblichen Fortbildungsbedarf bei Entscheider*innen sowie Planer*innen gibt. Gute Beispiele und Fußverkehrsstrategien für Barrierefreiheit und bedarfsgerechte Dimensionierung müssen noch mehr verbreitet werden. Gehen ist mehr als nur effiziente Fortbewegung. Gehen sichert Teilhabe an der Gesellschaft, vernetzt und belebt die Stadt, macht Quartiere erst lebendig und wirkt sich positiv auf die Gesundheit aus.

Wir Grüne wollen mehr Lebensqualität in der Stadt. Daher sollen für Fußgänger*innen attraktive, sichere und barrierefreie Bewegungs- und Aufenthaltsräume geschaffen werden. Wir wollen die Lust an der individuellen Bewegung in Alltag und Freizeit steigern - für die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer Bürger, insbesondere unserer Kinder und Senioren. Ein weiteres Ziel ist mehr Verkehrssicherheit für Alle, vor allem aber mehr Sicherheit für die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer und insbesondere unsere Kinder.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Eike Lengemann (KV Hannover); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Meta Janssen-Kucz (Landesvorsitzende Niedersachsen)

M-01-189 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: Malte Spitz (Parteirat)

Änderungsantrag zu M-01

Von Zeile 188 bis 190 einfügen:
Abgasskandal zügig und umfassend aufzuklären. Abgas- und Verbrauchstests müssen realistisch und ihre Ergebnisse transparent werden. Es sollen daher so lange keine neuen Dieselfahrzeuge für die öffentliche Hand angeschafft werden, wie deren Abgaswerte so stark im Realbetrieb (Real Driving Emissions) von den genannten Werten der Hersteller abweichen und damit die gesetzten Grenzwerte überschreiten. Die Bundesregierung muss zudem prüfen, ob sie Schadensersatzforderungen gegen den Volkswagenkonzern erheben kann, für die Fahrzeuge im Besitz des Bundes, die vom Abgasbetrug betroffen sind. Wir wollen, dass unabhängige Institutionen wirksame Kontrolle durch regelmäßige Feldüberwachung schaffen. Da die Luftbelastung durch Diesel-Pkw

Unterstützer*innen

Malte Spitz (Parteirat); Frederik Landshöft (BAGen); Marion Gehrke (BAGen)

M-01-198 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: Malte Spitz (Parteirat)

Änderungsantrag zu M-01

Von Zeile 198 bis 200 einfügen:
Derzeit wird diskutiert, inwieweit automatisiertes Fahren Sicherheit und Effizienz des Autoverkehrs verbessern kann. Wir unterstützen die Forschung in diesem Bereich. Autonomes Fahren wollen wir durch die Ausweisung von weiteren und umfassenderen Teststrecken unterstützen. Zugleich setzen wir uns im Interesse der Nutzer*innen für hohe Standards in Sachen Datenschutz und

Unterstützer*innen

Malte Spitz (Parteirat); Frederik Landshöft (BAGen); Marion Gehrke (BAGen)

M-01-239 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu M-01

Nach Zeile 239 einfügen:
Unser Leitspruch ist nach wie vor: Weniger Autos sind besser. Die positiven Effekte der Elektromobilität dürfen nicht verdecken, dass auch E-Autos sehr energieintensiv in der Produktion sind, dass auch von ihnen eine hohe Lärmbelastung ausgeht und dass sie Gefahrenquelle Nummer Eins für Fußganger*innen und Fahrradfahrer*innen in Städten bleiben. Autos - ob fossil oder elektrisch - nehmen einen großen Platz des öffentlichen Raumes ein. Dieser ist ohnehin schon knapp und sollte für alle Menschen zur Verfügung stehen.

Begründung

Trotz den Chancen der Elektromobilität sollte hier an unsere Wurzeln erinnert werden und unser langfristiges Ziel erläutert werden.

M-01-263 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu M-01

Von Zeile 263 bis 272:
~~Deutschland braucht eine Bahnreform II, die die Interessen der Fahrgäste in den Mittelpunkt stellt. Sie sollte in einer Regierungskommission, die Wissenschaft, Umwelt- und Verbraucherverbänden und Verkehrswirtschaft zusammenführt, vorbereitet werden. Wir Grüne wollen, dass mehr Städte an den Fernverkehr angeschlossen werden. Dies kann z.B. durch ein Fernverkehrs-Sicherstellungsgesetz, wie es der Bundesrat einstimmig fordert, erreicht werden. Wir Grünen wollen den Ausschreibungswettbewerb des Schienenpersonennahverkehrs auf den nicht eigenwirtschaftlich zu erbringenden Fernverkehr ausweiten und das internationale Angebot einschließlich des Nachtzugverkehrs stärken. Eine Bahnreform muss das Netz von den Transportgesellschaften der DB AG sauber trennen und in neutrale staatliche Verantwortung überführen. Nur so können mehr Wettbewerb und mehr Angebot auf der Schiene entstehen.~~

Zahlreiche Beispiele - wie in Großbritannien - zeigen, dass Privatisierung nicht nur zu positiven Wettbewerbseffekten führt, sondern sich oft ins Gegenteil verkehrt. Mobilität ist ein zentraler Bereich gesellschaftlicher Teilhabe, Mobilität zur Verfügung zu stellen ist daher eine zentrale Aufgabe des Staates. Deshalb ist die Bahn kein gewöhnliches Unternehmen, das sich im Wettbewerb profilieren und Gewinne erwirtschaften muss - sie muss allen Menschen Mobilität ermöglichen.

Begründung

Wir sprechen uns gegen jegliche Form der Privatisierung von Infrastruktur und Grundversorgung aus. Die begonnene Privatisierung der Bahn ist ein Fehler und dieser sollte nicht fortgeführt werden.

M-01-272 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu M-01

Nach Zeile 272 einfügen:
Momentan leidet die Deutsche Bahn unter ungleichen Wettbewerbsbedingungen. Wir fordern daher, dass alle Anbieter*innen auf der Schiene den gleichen sozialen und ökologischen Standards verpflichtet sein müssen.

Begründung

Erläuterung und Kritik der momentanen Wettbewerbssituation der Bahn.

M-01-272-2 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu M-01

Nach Zeile 272 einfügen:
Nach wie vor ist vor allem der Fernverkehr nur für wenige Menschen erschwinglich. Wir wollen jedoch, dass ökologische Fortbewegung für alle zur Möglichkeit wird. Weil Mobilität für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Teilhabe ist, fordern wir deutliche Preissenkungen und eine sozialere Preispolitik bei der Bahn.

Begründung

Mobilität ist ein Element sozialer Teilhabe und die aktuelle Preisgestaltung der Bahn verhindert eben diese Teilhabe.

M-01-301 Grüne Mobilität für eine lebenswerte Zukunft

Antragsteller*in: Malte Spitz (Parteirat)

Änderungsantrag zu M-01

Nach Zeile 301 einfügen:
Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung nutzen

Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung prägen und treiben die Mobilitätswende umfassend voran und werden für ihren Erfolg entscheidend sein. Multimodalität kann nur funktionieren, wenn intelligente und datensparsame Vernetzung individuelle Mobilitätsbedürfnisse befriedigt. Insbesondere in ländlichen Regionen kann durch den vernetzten ÖPNV, bspw. in Form von Bussen und Sammeltaxis, die Nutzungsattraktivität gesteigert werden, in dem stärker auf individuelle Bedürfnisse eingegangen wird. Ziel muss es sein, diese Angebote in internetgestützen und mobil nutzbaren Plattformen zu bündeln, in der von der Auskunft, über den Fahrscheinkauf hin zu aktuellen Streckeninformationen alle Informationen zusammenfließen. Grundlage dafür ist der Zugang zu den Fahrplan- und Streckendaten der Anbieter. Diese gehören rechtlich verbindlich nach Open Data Standards öffentlich zugänglich und maschinenlesbar weiternutzbar gemacht.

Um höchste Standards bei Datenschutz und die Datensicherheit in der zukünftigen Verkehrsinfrastruktur zu realisieren, sollen eigenständige Forschungsprojekte zu dem Thema ausgeschrieben werden.

Die Attraktivität des ÖPNVs wollen wir durch einen massiven Ausbau von WLAN-Infrastruktur in Bussen und Bahnen fördern. Die notwendige flächendeckende Breitbandinfrastruktur mit Glasfaser kann dabei im Rahmen der Sanierung und dem Bau von Straßen und Schienen mit geschaffen werden.

Unterstützer*innen

Malte Spitz (Parteirat); Frederik Landshöft (BAGen); Marion Gehrke (BAGen)

T-07-001 Dringlichkeitsantrag: Verständigung auf Dachstruktur zur Bearbeitung des Politikfeldes „Weltanschauungs- und Religionspolitik"

Antragsteller*in: BAG Christ*innen
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu T-07

Von Zeile 1 bis 3 einfügen:
Der Länderrat fordert den bundesweiten AK Säkulare Grüne, die BAG Christ*innen und den BAG-Sprecher*innenrat auf, sich bis zum nächsten Länderrat am 10. September 2016 auf ein Verfahren zu einigen, das den Säkularen ein Antragsrecht für die BDK in Münster ermöglicht. Der Länderrat beauftragt diese drei Gremien sich auf eine gemeinsame Dachstruktur zur Bearbeitung des Politikfeldes „Weltanschauungs- und

Begründung

Die zwei Aufträge sind unabhängig voneinander zu behandeln, insbesondere eine Dachstruktur zu entwickeln erfordert eine gewisse Vorbereitungszeit und sollte nicht unter Zeitdruck stehen.

V-01-001 „Datenschutz ist der neue Umweltschutz“

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.04.2016

Titel

Ändern in:
Wer Daten schützt, schützt die Freiheit

Änderungsantrag zu V-01

In Zeile 1:
~~„Datenschutz ist der neue Umweltschutz“~~

Wer Daten schützt, schützt die Freiheit

Begründung

mündlich

V-01-007 „Datenschutz ist der neue Umweltschutz“

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 7 bis 9:
Dies erleben wir gerade dieser Tage. ~~Das Schema ist ein altbekanntes: Ein terroristischer Anschlag wird genutzt, um an der Sicherheitsschraube zu drehen und unseren~~ Ein grausamer terroristischer Anschlag führt leider nicht zu einer sachlichen Diskussion über rechtstaatliche Präventions- und Ermittlungsmöglichkeiten, sondern er wird vielmehr von manchen unverzüglich genutzt, umunseren Rechtsstaat konstituierende Freiheitsrechte offen in Frage zu stellen. Wenn der für den Schutz unserer

Begründung

mündlich

V-01-012 „Datenschutz ist der neue Umweltschutz“

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 11 bis 12 einfügen:
Krisenzeiten und darüber hinaus Sicherheit Vorrang habe, offenbart dies ein krudes Rechtsstaatsverständnis, dem wir uns als Grüne entschlossen entgegenstellen. Die Zusammenarbeit der Polizeien und Sicherheitsdienste in Europa gehört verstärkt und professionalisiert. Das ist zweifelsohne mit klaren rechtstaatlichen Standards möglich, und so muss es auch endlich entschieden angegangen werden.

Begründung

mündlich

V-01-013 „Datenschutz ist der neue Umweltschutz“

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 13 bis 15:
Wer, um von eigenen Versäumnissen der letzten Monate abzulenken, nicht mehr zustande bringt, als Freiheits- und Grundrechte wie den Datenschutz offen in Frage ~~stellt~~zu stellen, hat nicht ansatzweise verstanden, worum es den Terrorist*innen geht, nämlich darum, unsere Gesellschaft zu spalten und die Freiheit und

Begründung

mündlich

V-01-260 „Datenschutz ist der neue Umweltschutz“

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 259 bis 266:
Algorithmen filtern die unzähligen Angebote für mich heraus. Das ist vielleicht bequem, aber ~~nicht unbedingt gut für unsere Gesellschaft. Wir müssen Gefahren durch eine intransparente Beeinflussung des Willensbildungsprozesses durch Hyper Targeting und Big Nudging erkennen, um darauf auch angemessen reagieren zu können. Dies gilt insbesondere für Werbung im Rahmen von Wahlkämpfen. Wir Grüne lehnen es ab, einzelne Wählerinnen und Wähler durch die Ausnutzung von Datenprofilen so genau zu beeinflussen, um auf einen Kern unserer Demokratie, die freie Wahl, massiven Einfluss zu nehmen. Politisches Targeting gehört reguliert und wir rufen die anderen Parteien dazu auf, unserer Nichtnutzung zu folgen.~~grenzt auch Freiheiten ein. Wir sollten intransparente Beeinflussung des Willensbildungsprozesses durch Hyper Targeting und Big Nudging erkennen können, um darauf reagieren zu können. Dies gilt gerade auch für politische Kommunikation, wie in Wahlkämpfen. Deshalb gehört es reguliert.

Begründung

mündlich

V-01-271 „Datenschutz ist der neue Umweltschutz“

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 270 bis 275:
Ehrenamtliche, Journalist*innen oder Menschen mit Migrationshintergrund werden immer häufiger angefeindet, beleidigt und bedroht. Gerade von Mehrfachdiskriminierung betroffene Menschen erfahren zusätzlich Gewalt im Netz. Die Hoffnung, dass durch das Internet eine neue Debattenkultur und die Möglichkeiten des freien Wissenszugangs zu mehr Toleranz und Solidarität führen, wurde leider nicht erfüllt. Stattdessen ~~entstehen derzeit abgeschottete Räume der selbstreferentiellen Meinungsaustausches.~~stellen Hate Speech, Gewalt im Netz und Hasspropaganda ~~stellen~~ eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar. Einschüchterungen und Straftaten, müssen

Begründung

mündlich

V-01-276 „Datenschutz ist der neue Umweltschutz“

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 275 bis 279:
eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar. Einschüchterungen und Straftaten, müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden, außerdem muss zivilgesellschaftliches Engagement im Kampf gegen Hate Speech gestärkt werden. Der Ausweitung der privaten Rechtsdurchsetzung wiedersprechen wir, stattdessen braucht es einen Ausbau der Kapazitäten und gezielte Schulungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in diesem Bereich~~,~~. Zudem braucht es einfachere Wege solche Inhalte zu melden und anzuzeigen und eine Bundesregierung die es nicht länger verpasst,

Begründung

mündlich